

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

10.5.1932 (No. 108)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Chefredakteur
G. Amenb,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder stel. Bei Wiederholungen latente Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zionsweller Vertreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachschub, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlet, in höchstem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachlehrer für Baden, Badischer Zentralschüler für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Aus den landwirtschaftlichen Organisationen

Der Geschäftsbericht der Badischen Landwirtschaftsbank
In dem Geschäftsbericht der Badischen Landwirtschaftsbank (Bauernbank) G. m. b. H., Karlsruhe, über das 32. Geschäftsjahr (1931) wird u. a. etwa folgendes ausgeführt:

Das Unternehmen habe es als seine Aufgabe betrachtet, die ihm angeschlossenen Mitgliedgenossenschaften billig zu bedienen, und sei daher den durch die Wirtschaftslage 1931 bedingten erhöhten Zinssätzen nur teilweise gefolgt. Die durch die IV. Notverordnung vorgeschriebene Zinsenkung sei für die Landwirtschaft ungenügend. Bei den angeschlossenen Kreditgenossenschaften wurde die Kasse verhältnismäßig gut überstanden, obwohl auch hier verhältnismäßig erhebliche Einlagenabzüge stattfanden. Die Spareinlagen der Kreditgenossenschaften bei der Bank gingen von 52,46 Mill. Reichsmark auf 50,71 Mill. Reichsmark zurück, die laufenden Einlagen von 6,20 Mill. Reichsmark auf 4,74 Mill. Reichsmark, bei den Einlagen der Einzelpersonen betrug der Rückgang Spareinlagen von 22,66 Mill. Reichsmark auf 21,28 Mill. Reichsmark, laufende Einlagen von 2,60 Mill. Reichsmark auf 2,07 Mill. Reichsmark. Unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse 1931 ist das Ausmaß dieser Verminderung nicht unbefriedigend. Die Schuld der Spar- und Kreditgenossenschaften hat sich trotz Beschränkung und Kündigung der Kredite gegenüber 1931 von 20,49 Mill. Reichsmark auf 21,13 Mill. Reichsmark erhöht. Die Schulden der Waren-genossenschaften haben sich von 18,85 Mill. Reichsmark auf 12,79 Mill. Reichsmark, diejeniger der Einzelpersonen von 4,76 Mill. Reichsmark auf 4,30 Mill. Reichsmark vermindert.

Der Umsatz auf Wechselkonto ist von 44 Mill. Reichsmark auf 40 Mill. Reichsmark zurückgegangen, was vornehmlich auf die Geldknappheit im 2. Halbjahr 1931 zurückzuführen ist. Das Effekten-geschäft war in dieser Zeit ebenfalls gering. Der Bestand an Wertpapieren entfällt in der Hauptsache festverzinsliche Werte und erstklassige Pfandbriefe. Die Umsätze erbrachten 1931 eine weitere Senkung um rund 45 000 RM. Dabei haben sich die Gehaltszahlungen noch nicht voll ausgewirkt. Die Bilanz ist unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage äußerlich vorzüglich aufgestellt. U. a. wurden 420 000 RM. zurückgestellt.

Der nach reichlichen Abschreibungen noch verbleibende Reingewinn beträgt 143 657 RM. und wird nach 29 000 RM. weiteren Reservestellungen zur Verteilung von 3 Proz. Dividende verwendet, während 11 889 RM. neu vorgetragen werden. Die gesamten offenen Reserven haben sich auf 789 000 RM. erhöht. Der Aufwertungsfonds von 220 952 RM. soll für eine 10prozentige Aufwertung der Spareinlagen von Einzelpersonen verwendet werden. Die Zahl der Mitglieder ermäßigte sich von 2377 auf 2145. Davon waren 2050 Genossenschaften.

Der Bericht der Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft

Nach ihrem Jahresbericht für 1931 hat die Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H., Karlsruhe, das Geschäftsjahr trotz aller Schwierigkeiten verhältnismäßig gut überstanden. Der Gesamtumsatz ist von circa 23 Mill. Reichsmark auf circa 21 Mill. Reichsmark zurückgegangen. Er betrug 1931: 3 897 724 Zentner im Werte von 21,14 Mill. Reichsmark oder rund 13 000 Eisenbahnwaggons à 15 000 Kilogramm. Der Umsatz an Düngemitteln ist um circa 25 Proz. zurückgegangen. Der Umsatz an Futtermitteln hat sich dagegen um circa 20 Proz. erhöht. Der Mehlabsatz hat stark zugenommen. Das Saatgutgeschäft war sehr groß, hauptsächlich in Frühjahrssaat. In Mehlwaren betrug die Umsatzsteigerung 30 Proz., in Saatgetreide nahezu 400 Proz., in Saatkartoffeln nahezu 250 Proz. Über 150 000 Zentner Saatkartoffeln wurden abgesetzt. Der Umsatz in Kohle und Brennstoffen ist um 10 Proz. zurückgegangen, was auf den milden Winter zurückzuführen ist. Der Absatz der Schädlingsbekämpfungsmittel konnte wesentlich erhöht werden. Das Maschinengeschäft bewegte sich im 1. Halbjahr in genöhten Grenzen, ließ dann aber stetig nach.

Infolge der schlechten Witterungsverhältnisse war die Getreibernte 1931 quantitativ und qualitativ wenig befriedigend. Entsprechend waren die Verhältnisse auf den süddeutschen Getreidemärkten. Die von der Reichsregierung zur Stützung des Getreidemarktes unternommenen Maßnahmen wurden von den Genossenschaften unterstützt. Die Bemühungen um einen Saferausfuhrchein scheiterten. Die Produktion an Grünkern konnte so ziemlich abgesetzt werden. Das übrige Landesproduktengeschäft hat einen starken Aufschwung genommen. Das Unternehmen ist beteiligt an der Milchverarbeitung im Lande Baden. Die Zahl der Mitglieder ist hauptsächlich durch den Weitergang der Verschmelzung von 1941 auf 1485 gesunken. Aus dem Reingewinn von 183 826 RM. sollen 75 Proz. den Reserven zugeführt werden, außerdem sollen 4 Proz. Dividende verteilt und 20 456 RM. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften

In dem Jahresbericht des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden (E. V.) Karlsruhe, wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zwar dem Getreidepreis eine wesentliche Hilfe gebracht haben, daß man aber darüber die bäuerliche Bedingungslosigkeit vergessen habe. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich die ersten Ansätze, die bei der Butterfrage sich zeigten, sich weiter ausbauen werden im Interesse unserer süddeutschen Bauernwirtschaften.

Das Jahr 1931 habe gezeigt, daß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen sich außerordentlich widerstandsfähig erwiesen hat, und daß überall da, wo eine ordentliche und verantwortungsbewußte Geschäftsführung vorhanden war, die

Letzte Nachrichten

Etat dem Reichsrat zugesungen

Verabschiedung Ende Mai

W.D. Berlin, 10. Mai. (Tel.) Das Reichshaus-haltsgesetz für 1932 ist nunmehr dem Reichsrat zugegangen. Es fehlen allerdings noch einige Einzelhaushalte. Der Reichsrat hat als Tag für den Beginn der Ausschlußberatung den 20. Mai in Aussicht genommen. Die Ausschlußberatung dürfte etwa eine Woche in Anspruch nehmen. Im Anschluß daran soll der Etat dann sofort in einer Voll-sitzung des Reichsrats, spätestens am 28. Mai, verabschiedet werden. Es ist damit zu rechnen, daß Präsident Ebe den vom Reichsrat verabschiedeten Haushaltsentwurf sofort dem Haushaltsausschuß des Reichstags überweist, der dann etwa am 31. Mai mit seinen Arbeiten am Etat beginnen könnte.

Die Kommunisten beantragten im Astenrat des Reichstags, den Reichstag am 23. Mai bereits wieder zusammen-zuberufen zur Vornahme der ersten Lesung des Etats und Beratung anderer Gegenstände. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Man rechnet nun damit, daß die Plenarverhandlungen des Reichstags am 6. Juni fortgesetzt werden. Dann wird das Haus die erste Lesung des neuen Haushaltsplans durch-führen, falls der Etat schon so weit ist. Sollte der Haus-haltsplan inzwischen vom Reichsrat erledigt werden, so ist der Reichstagspräsident ermächtigt, ihn ohne weiteres dem Haushaltsausschuß des Reichstags zu überweisen.

Kraftverkehrsmonopol für den Güterverkehr?

W.D. Berlin, 10. Mai. (Priv.-Tel.) Das Vorstandsmit-glied der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Direktor Vogt, hat in der „Kölnischen Zeitung“ eine Abhandlung veröffentlicht, in der betont wird, daß eine Zusammenfassung des gene-rellen Güterverkehrs in einer Hand nicht genüge, um erneuer-ter Verschlechterung durch Konkurrenz vorzubeugen. Hierzu bedürfte es der Konstituierung eines ausschließlichen Beförde-rungsrechts, das selbstverständlich in die Hand des Reichs-rechts gehöre. Die Versicherung, daß dabei der Kraftwagen will-fürlich in den Vordergrund gedrängt werde, lasse sich mit einer Bestimmung begegnen, wonach der Kraftwagen unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt sein solle, die Verwen-dung des Kraftwagens zu verlangen.

Die heutige Präsidentschaftswahl in Frankreich

Vorausichtlich Albert Lebrun
W.D. Paris, 10. Mai. (Tel.) Die Zurückziehung der Kan-didatur Painlevé ist von der Mehrheit der radikalen Senats-fraktion beantragt worden. Sie erklärt sich einmal aus dem Wunsch, nach der Ermordung des Präsidenten Doumer dem Ausland eine Manifestation der nationalen Einigkeit in einem Augenblick der Landesnot vorzuführen und dann aus der Tatsache, daß nicht die neuernannte Kammer, sondern die alte Kammer, die ja politisch ganz anders zusammengesetzt ist, an der Wahl teilzunehmen hat. Traktionsgemäß muß nun die Person, um die sich der Kongress heute handelt, der Senatspräsident sein, also Albert Lebrun, mit dessen Wahl geredet werden kann. Voraussetzung ist allerdings, daß es nicht doch noch Überraschungen gibt.

Oesterreich droht mit außerordentlichen finanzpolitischen Maßnahmen

W.D. Wien, 10. Mai. (Priv.-Tel.) Die „Reichspost“ mel-det, daß die Regierung auf der bevorstehenden Ratstagung des Völkerverbundes die Lage Oesterreichs darstellen und dabei er-öffnen werde, daß sich Oesterreich unter Umständen zu einer außerordentlichen finanzpolitischen Maßnahme gezwungen se-hen könnte.

Niesensluftschiff „Akron“ in schwerem Sturm

Vergeblicher Landungsversuch
W.D. Fortworth (Texas), 10. Mai. (Tel.) Das Niesens-luftschiff „Akron“ geriet bei San Angelo in einen schweren Sturm. Sämtliche Einwohner der Stadt wurden alarmiert, um bei einem Landungsversuch des Luftschiffs Hilfe zu lei-sten. Alle Versuche, das Luftschiff auf die Erde zu bringen, schlugen jedoch wegen des heftigen Sturms fehl. Die „Akron“ trieb steuerlos in der Richtung auf Christobal. Man ist über ihr Schicksal in größter Unruhe.

Verhältnisse noch gemindert werden konnten. Der Verband zählt insgesamt 2501 Verbandseinheiten. Die hauptsächlichsten sind die 1390 Waren-genossenschaften, 645 Kreditgenossenschaf-ten und 291 Milch- und Molkereigenossenschaften, zu denen noch die vier Zentralgenossenschaften und der Molkereiver-band kommen.

Die Kreditgenossenschaften hatten unter den bekannten Schwierigkeiten der Geldkrise zu leiden. Der größte Teil hat sie ohne Nachteile überwunden. Die Waren-genossenschaften hatten trotz der schlechten Wirtschaftslage ein relativ befriedi-gendes Geschäft. Die Getreidegenossenschaften litten unter der schlechten Ernte. Die Milch- und Molkereigenossenschaften erlitten im letzten Jahr einen weiteren Ausbau und die

* Reichstag — Französische Kammerwahlen

Der Zusammentritt des Reichstag in der letzten Woche vor Pfingsten war nicht nur aus politischen Gründen, sondern noch viel mehr aus formalrechtlichen Gründen notwendig: die Reichsregierung braucht zur Durchfüh-rung ihres Programms eine regelrechte Anleihermächtigung durch das Parlament, da sich die Reichsschuldenver-waltung entgegen ihrer bisherigen Haltung geweigert hat, die Notverordnung vom 20. Februar als ausrei-chende, gesetzliche Grundlage für die Ausstellung weiterer Reichsschuldverschreibungen anzusehen. Die Reichs-schuldenverwaltung hat sich auch durch juristische Gut-achten, die vom Reichskabinett beigebracht wurden, und durch sehr gewichtige andere Hinweise von ihrem Ent-schluß nicht abbringen lassen. Sogar des Parlaments ist es nun, der Reichsregierung die Anleihermächtigung zu erteilen. Geschlecht das, so wird das für die Anleihen selbst und ihre Platzierung gewiß kein Nachteil sein. Denn man wird einer vom Parlament in aller Form genehmigten Anleihepolitik im Inland wie im Ausland noch ein größeres Vertrauen entgegenbringen.

Die gestrige Sitzung des Reichstags verlief ohne Zwi-schenfälle. Nationalsozialisten und Deutschnationale nah-men an der Sitzung teil. Die Nationalsozialisten ver-hielten sich auffallend ruhig, und auch ihr Sprecher, Abg. Reinhardt, beschränkte sich auf eine maßvolle Tonart. Daß dahinter ganz bestimmte taktische Erwägungen stecken, wird allgemein angenommen.

Reichsfinanzminister Dietrich ergriff zu Beginn der Sitzung das Wort, um den Regierungsentwurf des Schuldentilgungsgesetzes zu begründen. Er schilderte dabei in großen Zügen die Schuldenlage des Reiches. Nach seinen Darlegungen und Berechnungen hat das Reich in der ganzen Nachkriegszeit für außerordentliche Ausgaben lediglich 1 1/2 Milliarden Schulden gemacht; alles andere entfällt auf die Kosten Krieg, Entschädi-gungen und Reparationen. Was die Defizits betrifft, so müssen gedeckt werden: 770 Millionen Defizit vom Jahre 1930, 500 Millionen Defizit 1931 und außerdem 550 Millionen Defizit aus dem Bereich des außerordent-lichen Haushalts. Den effektiven Verlust aus der großen Bankensanierung bezifferte der Reichsfinanzminister auf zusammen 335 Millionen Reichsmark.

Der Reichsetat balanciert mit etwa 8,3 Milliarden. Die Überweisungen an die Länder machen einschließlich der Polizeikosten 2,3 Milliarden aus. In den übrig-bleibenden 6 Milliarden, die also den eigentlichen Reichs-aufwand darstellen, sind 1 Milliarde für die Arbeitslosen, 477 Millionen für die Sozialversicherung, 1,2 Milliarden für die Kriegsoffer und 420 Millionen für die außerordentliche Schuldentilgung enthalten. Die Til-gung und Verzinsung der fundierten und schwebenden Schulden und der Reparationsanleihen beansprucht eine Summe von rund 700 Millionen. So verbleiben für den eigentlichen Betriebsaufwand des Reiches rund 2,2 Milliarden. Ob man mit dem eingesetzten Betrag von 1 Milliarde für die Arbeitslosen auskommen wird, weiß man heute noch nicht.

Von nationalsozialistischer Seite sind mehrere Miß-trauensanträge eingebracht worden, ebenso von seiten der Deutschnationalen und Kommunisten. Man rechnet damit, daß auch diese Mißtrauensanträge wieder mit einer, wenn auch nur kleinen Mehrheit abgelehnt wer-den. Im Verlauf der Tagung werden auch der Reichs-kanzler und Herr Groener in seiner Eigenschaft als Reichsinnenminister das Wort ergreifen. Vielleicht wird auch der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Goerdeler sich dem Parlament vorstellen.

In den Wandelgängen des Reichstags ist natürlich auch der Anfall der französischen Kammerwahlen eifrig

Bieherwertungszentrale konnte ihren Absatz gegenüber 1930 beträchtlich steigern. Über 4000 Stück Großvieh und 4300 Schweine konnten nach der Schweiz und Frankreich ausge-führt werden. Der Ausbau der Erfassungsorganisation der Eier, der Eierabgabegenossenschaften, schreitet weiter fort. Die Binzergenossenschaften hatten naturgemäß unter der Krise des Jahres 1931 zu leiden. Sie konnten trotzdem die badi-schen Genossenschaftsweine neuen Absatzgebieten zuführen. Die Tabakpflanzergenossenschaften konnten zwar einen großen Teil der Ernte verkaufen. Die Auszahlung für das Haupt-gut verzögerte sich in vielen Gegenden bis in das Jahr 1932. Die Obst- und Gemüsewertungs-genossenschaften sind im Ausbau begriffen.

kommentiert worden. Bekanntlich haben die Wahlen eine Mehrheit der Linken ergeben. Die Rechte hat schwere Verluste erlitten, und zwar hauptsächlich die Herrn Tardieu nahestehende Partei der „Linkenrepublikaner“. Falls die Sozialisten sich an der Regierung beteiligten, würde die Bildung eines reinen Kabinetts der Linken möglich sein. Im anderen Falle würde die Bildung eines Kabinetts der „republikanischen Konzentration“, d. h. eines Kabinetts der mehr nach links orientierten Mitte, versucht werden. Herr Tardieu wird, sowie der neue Präsident der Republik gewählt ist, die Demission des Gesamtkabinetts überreichen und daran das Ergehen knüpfen, ihn im Hinblick auf das Ergebnis der Wahl nicht wieder mit der Regierungsbildung zu betrauen.

Die neugewählte Kammer wird Anfang Juni zusammentreten. Ganz leicht wird die Bildung des neuen Kabinetts nach allgemeiner Ansicht nicht sein. Man ist darauf gefaßt, daß ein bis zwei Wochen vergehen werden, bis das neue Kabinett zustande gekommen ist. In Anbetracht der für Mitte Juni geplanten Lausanne-Konferenz wäre das natürlich recht peinlich.

Auch in Berlin hütet man sich sehr, dem Ausfall der französischen Wahlen, so erfreulich er in außenpolitischer Beziehung sein mag, übertrieben günstige Bedeutung beizumessen. Zumal mit Herrn Gerriot, der wieder als der kommende Mann genannt wird, hat Deutschland keine sonderlich guten Erfahrungen gemacht. Auch die Radikalsocialisten sind in ihrem Innern eine nationalistisch gefärbte Partei.

Immerhin scheint das Ergebnis der französischen Kammerwahlen doch zu zeigen, daß die Mehrheit des französischen Volkes die betont nationalistische Politik eines Tardieu und Marin nicht billigt, da sie Frankreich der Gefahr der Isolierung aussetzt, einer Isolierung, die man schon aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus nicht gern sieht. Zweifellos ist für die Lösung der großen Probleme der Abrüstung und der Reparationen der Ausfall der französischen Wahlen kein schlechtes Vorzeichen. Eine mehr nach links tendierende Regierung in Frankreich kann unmöglich die Politik schroffer Ablehnung, wie sie bisher von Tardieu oder Laval betrieben wurde, fortsetzen. Mehr läßt sich allerdings in einer Betrachtung des Wahlergebnisses nicht sagen. Die deutsche Außenpolitik wird nach wie vor ihre Forderungen mit aller Entschiedenheit und aller Klugheit zu vertreten haben, und ihre Aufgabe wird, im ganzen gesehen, genau so schwer bleiben, wie sie es schon vorher war.

Die neue Reichswasserstraßenverwaltung

Eine Reichswasserstraßendirektion in Karlsruhe
Berliner Blättern zufolge, hofft der Reichsverkehrsminister, die Verhandlungen mit den Ländern so weit vorwärts bringen zu können, daß das Reich vom 1. Juli 1932 an die Reichswasserstraßenverwaltung übernehmen wird. Reichswasserstraßendirektionen sollen in Koblenz und Karlsruhe geschaffen werden. Die Neuordnung der Wasserstraßen zum 1. Juli werde voraussichtlich durch einfache Verordnung des Reichspräsidenten in Kraft treten.

Es soll über folgende Einzelheiten eine Verständigung herbeigeführt worden sein:

Errichtung von Reichswasserstraßendirektionen. Die Regelung in der Unterhaltung der Wasserstraßen soll künftig einheitlich durch die reichseigenen Stromabverwaltungen geschehen, denen die Reichswasserstraßenämter unterstellt werden. Es sollen somit alle örtlichen Bauämter und Dienststellen in die Verwaltung des Reichsverkehrsministeriums (R.V.M.) überführt werden. Die Regelung der bayerischen Wasserstraßen für den Rhein, den Main und die Donau bleibt Bayern überlassen.

Personalfragen. Die Einräumung der Länderbeamten in die Reichsbeamtenbesoldung ist so gedacht, daß diese Beamten aus dem Landesdienst ausscheiden und in den Reichsdienst übertreten. In Fällen, in denen vergleichbare Reichsbeamte in der Reichsbesoldung fehlen, soll die Reichsbesoldungsordnung durch eine Neugliederung ergänzt werden. Sämtliche in der Wasserstraßenverwaltung tätigen Beamten der Länder gelten somit künftig als Reichsbeamte.

Für Angestellte gilt sinngemäß das, was für Beamte bereits gesagt wurde. Da bei dem Ausscheiden aus dem Landesdienst und bei Eintritt in Reichsdienst der Wiedereintritt als Neueinstellung anzusehen sein wird, werden sich in der Berechnung des Vergütungsdienstalters nach dem jetzigen Reichsangestelltenvertragsvertrag von 1924 vielleicht einige Nachteile ergeben.

Für die Arbeiter sind sämtliche Rechtsverhältnisse geklärt, da für die beteiligten Verwaltungen der R.V.M. allein maßgebend ist. Die von der handels- und landwirtschaftlichen Verwaltung gemachten Betriebsvertretungen werden hinfällig.

Die den Länderregierungen gehörenden Fahrzeuge und Geräte will die Reichswasserstraßenverwaltung mitübernehmen und den einzelnen Ländern für ihre Zwecke zur Verfügung stellen.

Über den Ausbau der Verwaltung in Süddeutschland wird mitgeteilt, daß eine Reichswasserstraßendirektion in Koblenz geschaffen wird. Dem Verlangen Badens entsprechend, wird es auch zur Bildung einer Reichswasserstraßendirektion in Karlsruhe kommen. Damit ist der Plan einer Reichswasserstraßendirektion in Mainz endgültig gescheitert. Beim hessischen Finanzministerium wird eine Verbindungsstelle geschaffen, um den Zusammenhang zwischen den hessischen Landesbehörden und der Reichswasserstraßenverwaltung herzustellen.

Die Neuordnung der Wasserstraßen wird voraussichtlich zum 1. Juli 1932 in Kraft treten, und zwar durch einfache Verordnung des Reichspräsidenten. Reichstag und Reichsrat werden mit der Materie nicht befaßt, da es sich um eine rein reichsorganische Aufgabe handelt, und der Staatsgerichtshof außerdem durch Urteil ausdrücklich anerkannt hat, daß das Reich zur Verwirklichung einer reichseigenen Wasserstraßenverwaltung berechtigt ist.

Geheimrat Dehn f. Der Dean der Theologischen Fakultät in Würzburg, Geh. Rat Johannes Dehn, ist gestern nachmittag einem kürzlich erlittenen Schlaganfall erlegen.

Die Finanzlage des Reichs

Reichsfinanzminister Dietrich vor dem Reichstag
Nach zehnwöchiger Pause trat am Montagmorgen der Reichstag wieder zusammen.

Das Schuldenentlastungsgesetz, das den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet, würde an sich wenig Gelegenheit zu erbitterten Parteikämpfen bieten, aber damit verbunden ist die allgemeine politische Aussprache. Als Reichsfinanzminister Dietrich das Wort zur Begründung der Vorlage nimmt, ruft ihm ein Kommunist zu: „Der Konsumminister hat das Wort!“ Die Nationalsozialisten verhalten sich auffällig ruhig, und so bleibt es auch während der ganzen Rede, in der der Minister das ganze Problem ausführlich behandelt.

Reichsminister Dietrich führt u. a. aus: Der Gesetzentwurf befaßt sich mit zwei grundverschiedenen Themen. Auf der einen Seite mit den Kreditermäßigungen, die aus früheren Jahren aufrecht erhalten werden müssen, mit Kreditermäßigungen der Notverordnungen und mit einer Kreditermäßigung, die zur Überwindung des Jahres 1932/33 notwendig ist (Betriebsmittelfreie). Außerdem behandelte er die Frage der Tilgung der schwebenden Schuld. Zum andern beschäftigt sich der Gesetzentwurf in seinem letzten Paragraphen mit der Ermächtigung mit dem Reichsfinanzminister, eine Prämienanleihe zur Förderung der Seilbahn, der Rekonstruktion, der Beschäftigung Jugendlicher und für sonstige Arbeitsbeschaffung aufzulegen.

Die schwebende Schuld des Reichs betrug am 31. März 1930: 1938 Millionen, am 31. März 1932: 1591 Millionen, also 344 Mill. Reichsmark weniger. Das Deutsche Reich ist in den letzten zwei Notjahren nicht tiefer in unfundierte Schulden geraten, sondern hat sich, wenn auch nur in einem bescheidenen Betrage — entlastet. Jedoch sind trotzdem die Bestimmungen, die zur Tilgung der schwebenden Schuld getroffen waren, nicht voll erfüllt worden.

Reichsminister Dietrich gab dann einen Überblick über die Verpflichtungen des Reichs aus Anlaß der Kreditkrise und die Garantien des Reichs.

Abschließend ein kurzes Bild des Etats 1932. Nur eine einzige Frage ist nicht geklärt, nämlich die der Kosten der Arbeitslosen. Im vorigen Jahr betrug der Aufwand für die Arbeitslosen in allen drei Unterhaltungsformen 2,3 Milliarden. Davon entfielen auf das Reich 900 Millionen für die Arbeitslosenversicherung und über 230 Millionen für Zuschüsse an die Gemeinden. Im letzten Paragraphen des vorliegenden Gesetzes wird der Reichstag sehen, daß wir eine sog. Prämienanleihe auflegen, um die Gedanken der Arbeitslosenbeschäftigung in die Tat umzusetzen. Daneben soll auch der freiwillige Arbeitsdienst ausgebaut und Arbeit beschafft werden. Aus laufenden Mitteln Geld dafür aufzubringen, ist leider völlig unmöglich.

Im übrigen balanciert der Etat in Einnahme und Ausgabe mit etwa 2,3 Milliarden Reichsmark. Er ist auf das Spar-samste aufgestellt. Die Überweisungen an die Länder betragen 2,3 Milliarden, so daß der eigentliche Reichsaufwand mit genau 6 Milliarden Reichsmark zu beziffern ist. In diesen 6 Milliarden sind enthalten: 1000 Millionen für die Arbeitslosen, 1200 Millionen für die Kriegsofopfer, 477 Millionen für die Sozialversicherung und 420 Millionen für die außerordentliche Schuldenentlastung. Die Tilgung und Verzinsung der fundierten und schwebenden Schulden, sowie die Reparationsanleihen erfordert rund 700 Mill. Reichsmark, für den eigentlichen Betriebsaufwand des Reichs rund 2,2 Milliarden Reichsmark.

Als erster Redner aus dem Hause nimmt der sozialdemokratische Fraktionsführer, Dr. Breitscheid, das Wort. Eine neue Überraschung: Während früher die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen bei sozialdemokratischen Reden den Saal verlassen, bleiben sie diesmal sitzen. Sie gehen auch bei den Stellen der Rede, in denen ihre Parteien scharf angegriffen werden, nicht über das parlamentarisch übliche Maß der Zwischenrufe hinaus. Einige Kommunisten kommentieren diese Änderung der Taktik in höhnischen Zwischenrufen dahin, daß die Nationalsozialisten sich langsam auf Regierungs-koalitionen mit anderen Parteien einrichten wollten. Breitscheid verlangt, daß der neue Etat nicht durch Reparationen belastet werde und daß die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der Gemeindefinanzen so erfolge, daß das Prinzip der Arbeitslosenversicherung nicht aufgegeben und die Unterhaltungsbeiträge nicht weiter vergrößert werden.

Der Redner der Nationalsozialisten, Reingardt, beschränkt sich ausschließlich auf die Schuldenentlastungsvorlage, die er ablehnt. Er sieht darin den Versuch des Reichsfinanzministers, seine von der Reichsschuldenverwaltung getadelten Methoden der Kreditaufnahme nachträglich durch einen Reichstagsbeschluss zu legalisieren.

Vorher hatte der Kommunist Schneider kurz, aber verlegend gegen die Außenpolitik der Reichsregierung und gegen das Verbot der Gottlosenbewegung polemisiert.

Die erste Sitzung des Reichstages in seinem neuen Tagungsab-schnitt ist überraschend ruhig verlaufen. Am heutigen Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Der Arbeitsplan

Der Ältestenrat des Reichstages beschloß, die Redezeit für die Fraktionen zur politischen Aussprache, die bisher auf zwei Stunden bemessen war, auf drei Stunden je Fraktion zu verlängern. Es ist damit zu rechnen, daß die Plenarverhandlungen des Reichstages vor Pfingsten am Donnerstag abgeschlossen werden. Am gleichen Donnerstag wird dann noch der Auswärtige Ausschuss zusammentreten.

Auflösung eines nationalsozialistischen Truppenteils in Österreich. In Wien wurde ein Truppenteil, der bei den letzten Wahlen vorwiegend nationalsozialistisch gewählt hatte, wegen Verstoß gegen die Kasernenordnung aufgelöst und die Mannschaft auf andere Truppenteile verteilt.

Verordnung der Getreidezwangswirtschaft in Rußland. Durch eine Verordnung des Moskauer Volkskommissarsrates wird die Getreidezwangswirtschaft in der Weise gelockert, daß neben der staatlichen Getreideaufbringung der freie Getreidehandel der Kollektivwirtschaft zugelassen wird.

Beschleunigter Bau einer russischen Bahn. Wegen fortwährendem Heizmaterialmangel in Fabriken des Moskauer Gebietes hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, in beschleunigtem Tempo eine neue Eisenbahnlinie vom Donez-bassin nach Moskau zu bauen. Die neue Eisenbahnlinie in der Gesamtlänge von 1190 Kilometer soll bis zum 1. August 1933 fertig sein.

Owen D. Young soll „New York Times“ zufolge, als demokratischer Präsidentschaftskandidat aufgestellt werden, falls Roosevelt auf dem demokratischen Kongress in Chicago nicht die nötige Zweidrittelmehrheit erhält.

Bombenanschlag in Nagasaki. Auf das amerikanische Konsulat in Nagasaki (Japan) wurde ein Bombenanschlag verübt. Entsetzter Schrecken ist nicht entstanden. Man mißt dem Anschlag keine politische Bedeutung bei.

Die Lohn- und Mamentarifverhandlungen im Ruhrgebiet sind ergebnislos verlaufen.

Die Arbeitslosigkeit im Reich

Geringer Rückgang

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 30. April 1932 ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 197 000 auf 5 737 000 zurückgegangen. In der ersten Aprilhälfte war ein Rückgang um etwa 100 000 zu verzeichnen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung beträgt nunmehr 1 232 000 (15. April 1932: 1 347 000), in der Krisenfürsorge 1 675 000 (1721 000) und in der Wohlfahrts-fürsorge schätzungsweise 2 Millionen.

Die Schweiz und die deutschen Ausreisebestimmungen

Der Schutz der deutschen Währung

Aus Bern wird gemeldet, daß der Regierungsrat des Kantons Bern beim Schweizerischen Bundesrat vorstellig geworden ist wegen der von der Reichsregierung erlassenen Devisen-schutzmaßnahmen, die eine Erschwerung des Reiseverkehrs in die Schweiz bedeuten und geeignet seien, die Interessen der Kurbetriebe, insbesondere des Berner Oberlandes, zu beeinträchtigen.

Die dem Schweizerischen Protest gegenüber ist festzustellen, daß die deutschen Maßnahmen in keiner Weise gegen die Schweiz oder andere von Reichsdeutschen besuchte ausländische Gebiete gerichtet sind, sondern lediglich dem unumgänglichen notwendigen Schutz der deutschen Währung dienen sollen, dem gegenüber die Rücksichten auf die Interessen ausländischer Kurorte zurücktreten müssen, wobei zu hoffen ist, daß die Nachbarländer Deutschlands, insbesondere die Schweiz und auch Österreich, die durch die Wirtschaftslage Deutschlands erforderlich gewordenen Maßnahmen zu würdigen verstehen.

Neuwahlen in Hessen

Die Landtagswahlen vom November ungültig

Der hessische Staatsgerichtshof, der sich aus fünf Berufsrichtern und sieben Parlamentariern zusammensetzt, hat am Montag nachmittag eine Wahlanfechtung der Wirtschaftspartei gegen die hessischen Landtagswahlen vom 15. Nov. 1931 als berechtigt anerkannt und diese Wahl für ungültig erklärt. Durch diesen Beschluß ist der hessische Landtag aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 3. Juli statt.

Die deutschen Landreise in Weimar. Am Freitag findet in Weimar die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Landreisetages statt. Über das Gutachten des Staatssekretärs z. B. Prof. Dr. Popitz, betreffend den künftigen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden werden Ministerialdirektor Dr. Jarben vom Reichsfinanzministerium und der Geschäftsführer des Thüringer Landreiserverbandes, Dr. v. Haufen, referieren.

Der neue Chefredakteur der „Germania“. Wie der Verlag der „Germania“ mitteilt, ist der Schriftleiter der katholischen Wochenchau „Der deutsche Weg“ und der Zeitschrift „Volkstum und Volksbildung“, Emil Ritter, als Chefredakteur der „Germania“ berufen worden.

Kommerzienrat Meyer f. Der Gründer und langjährige Aufsichtsratsvorsitzende der Oberwerke vorm. Heinrich Meyer AG. in Frankfurt a. M., Kommerzienrat Dr.-Ing. e. h. Heinrich Meyer, ist am Montagmorgen im 79. Lebensjahr gestorben. 1905 erhielt Meyer den Titel eines preussischen Kommerzienrats. Die Technische Hochschule Darmstadt ernannte ihn 1911 zum Dr.-Ing. e. h.

Zur Vollendung des Deutschen Museums in München

Eine Ansprache Hindenburgs

In München wurde, wie schon gemeldet, am Samstag der Neubau der Bibliothek des Deutschen Museums seiner Bestimmung übergeben. Bei der Eröffnungsfest wurde nach einer Begrüßungsrede Oskar von Millers eine Ansprache des Reichspräsidenten von Hindenburg aus Berlin übertragen. Der Reichspräsident führte etwa folgendes aus:

„Mit lebhaftem Bedauern mußte ich die Einladung zur Feier ablehnen, weil die Anforderungen der gegenwärtigen Lage mir nicht gestatten, jetzt die Reichshauptstadt zu verlassen. In dankbarer Erinnerung und mit aufrichtigen Wünschen gedenke ich der Verdienste Oskar von Millers und seiner tatkräftigen Initiative, der das Werk des Deutschen Museums entsprungen ist. Der heutige Tag der Eröffnung des neuen Bibliothekshauses hat seine besondere Bedeutung. Er bringt dem deutschen Volke in einer Zeit starker Gegensätze die Weiterführung und Fertigstellung eines Unternehmens, das trotz der sich täglich neu auftuernden Schwierigkeiten durch die Zusammenarbeit von Reich, Land und Stadt und durch die gemeinsamen Opfer von allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung der Vollendung zugeführt wurde. Möge dieser Geist der Eintrachtigkeit und hilfsbereiten Eingabe für die weitere Entwicklung des Museums erhalten bleiben und möge er ein Beispiel sein für die Arbeit an dem größeren Werk der Wiederaufrichtung des deutschen Vaterlandes.“

Die Ansprache des Reichspräsidenten wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Ministerpräsident Dr. Gumbel knüpfte an die Ansprache des Reichspräsidenten an und betonte, daß das Deutsche Museum nicht eine Angelegenheit der Stadt München, auch nicht eine bayerische Sache, sondern eine Tat des deutschen Volkes für das deutsche Volk sei.

Kleine Chronik

„Graf Zeppelin“ ist von seiner Amerikafahrt heute, Dienstag früh, nach Friedrichshafen zurückgekehrt. Es kreuzt zunächst wegen des starken Südweststurmes über dem Wertfeldgelände.

In den Allgäuer Bergen herrscht wieder Winterwetter. Am Nebelhorn liegen 40 Zentimeter, stellenweise sogar bis zu 50 Zentimeter Neuschnee. Heute, Dienstag früh, wurden dort etwa 8 Grad Kälte gemessen.

In Berlin ist der ehrenamtliche Geschäftsführer des Flugverbandshaus, Hauptmann a. D. Lichtmann, unter dem Verdacht, 200 000 RM. unterschlagen zu haben, verhaftet worden.

Im Elbaret-Großlofen in Berlin wurde am Montag die Weisaufnahme geschlossen. Am Mittwoch beginnen die Plaidoyers.

Das englische Großflugzeug „Horatius“, das Montag nachmittag in London zum Flug nach Paris aufgestiegen war, wurde über Lundbridge (Grafschaft Kent) vom Blitz getroffen. Die Fenster der Führerkabine gingen in Trümmer, zwei Propeller wurden beschädigt. Verletzt wurde niemand. Dem Führer gelang es, glücklicherweise zu landen.

Ein Wirbelsturm, der heute, Dienstag, den Distrikt Wymen-singh (Wengalen) heimgelochte, zerstörte Teile eines Gefängnisses. Mehrere Gefängniswärter wurden getötet. Einige Gefangene machten sich die allgemeine Verwirrung zunutze und entflohen. Man befürchtet, daß der Sturm in den benachbarten Dörfern zahlreiche Opfer gefordert hat.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger

Nr. 18

Verlag: Geheint unbesenlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 40 Reichspfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14, bezogen werden

10. Mai 1932

Die Personaleinschränkung bei der Reichsbahn

Wie gemeldet, soll nach den Absichten der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn der ganze Personalstand, d. h. die Kopfzahl der Beamten und Arbeiter, dem tatsächlichen Verkehrsbedürfnis angepaßt werden, und zwar in der Weise, daß bei dieser Gelegenheit, wenigstens soweit das überhaupt möglich ist, die durch die veränderte Form der Personalpolitik und den rückgängigen Verkehr geschaffenen „Überflüssigkeiten“ innerhalb des Personalkörpers beseitigt oder wenigstens auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden.

Diese Maßnahmen bezwecken Sicherung des denkbar größten finanziellen Erfolgs. Welchen Umfang die in Aussicht genommenen Änderungen im Personalstand und Personalaufwand annehmen werden, läßt sich nur beurteilen, wenn man die ganze Entwicklung des Personalwesens der Reichsbahn seit der Vorkriegszeit und im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise überblickt. Während die Personalopferzahl der deutschen Staatsbahnen im Jahre 1913 sich für Beamte auf 263 887, für Arbeiter auf 428 827, auf 692 714 stellte, war sie 1919 auf 333 503 bzw. 739 002, zusammen 1 122 505 angewachsen. Die Zunahme ist in der Hauptsache auf die Einstellung von Ersatz für während des Krieges eingezogenen Kräfte zurückzuführen; dazu kam noch, daß nach Kriegsende rund 65 000 Lohnbedienstete, die bereits jahrelang Hilfsbeamtendienste geleistet hatten, in das Beamtenverhältnis übernommen wurden und gleichzeitig noch die Zahl der außerplanmäßigen Beamten durch die Einführung des Diätariats erheblich erhöht worden ist, so daß 1923 die Zahl der Beamten mit 429 716 angegeben wird, während bei der Arbeiteropferzahl eine Senkung auf 580 801 eingetreten war. Die Gesamtzahl von damals 1 010 576 ging dann in Verbindung mit den Personalabbaumaßnahmen im Jahre 1925 auf 733 485 zurück, wovon 331 712 auf Beamte und 400 773 auf Arbeiter entfielen. Hatte das Reichsverkehrsministerium seinerzeit unter Berücksichtigung der Einführung des Achtstundentags, der Erhöhung des Urlaubs und der vermehrten Erkrankungen, der Teilnahme an Beamten- und Arbeitervertretungen und vermehrter Ausbesserungsarbeiten für das alte Staatsgebiet ein Personalstand von rund 996 000 Köpfen errechnet, so kam der Reichsverband der Industrie bei seinen Berechnungen unter Zugrundelegung des jetzigen Staatsgebietes nur auf 747 860 Köpfe, gegenüber einem damals vorhanden gewesenen Personalbestand von 1 030 000 Köpfen.

Angesichts der durch den Personalabbau herbeigeführten Verringerung erhebt sich für den Fernerstehenden die Frage, wie man es möglich, bei solcher Einschränkung im Personalstand den ganzen Eisenbahnbetrieb in Ordnung zu halten und etwa auftretende Reibungen zu überwinden? Ermöglicht wurde dies durch die im Jahre 1924 in Anlehnung an die Regelung im Reich vorgenommene Verringerung der Arbeitszeit und die gewaltsame Übertragung der durch den Personalabbau frei gewordenen Arbeitsaufgaben auf das übrige gebliebene Personal. Hinzu trat in der Folge die fortgesetzte Ausgestaltung der Dienstvorschriften.

Zu der Verlängerung der Arbeitszeit und der Verfeinerung der Dienstvorschriften kamen weiter die Auswirkungen der Ratio-

nalisierung und die personalpolitischen Rückwirkungen der Umstellung des Personalhaushalts der Reichsbahn-Gesellschaft. Durch die Einführung der Künze-Arbeit bei den Güterzügen wurde rund ein Drittel des gesamten Zugbegleitpersonals, also rund 19 000 Köpfe eingespart. Ähnliche Wirkungen ergaben sich aus der zunehmenden Verwendung immer stärkerer Lokomotiven und größerer Güterwagen, aus der Erhöhung des Zuggewichts und der Zuggeschwindigkeit, der Entbeamtung des Schrankenwärterdienstes, der fortschreitenden Mechanisierung des Rangierdienstes und der planmäßigen Elektrifizierung der Eisenbahnen, nicht zuletzt durch die Neuordnung des Werkstättendienstes und der Lagerwirtschaft, wobei auch an die umfassende Verwendung der Affordarbeit zu denken ist.

Die nach rein privatwirtschaftlichen Grundsätzen aufgebauten Personal- und Material-Voranschläge treten an die Stelle der früheren Personal- und Sachtitel der Staatseisenbahnen. Stellenplan und Stellenprogramm, die diesen Voranschlägen zugrunde liegen, sind in ihrer Ausgestaltung abhängig von den Dienstpostenzählungen, wie sie im Bereich der Eisenbahn neuerdings in Abständen von einem Jahr von der Hauptverwaltung durchgeführt werden. Durch diese Zählungen werden die in den einzelnen Betriebszweigen nach dem Umfang des Arbeitsanfalls jeweils notwendigen Beamtenstellen festgelegt. Letzten Endes hängt also das Schicksal der Reichsbahnbeamtenschaft von der Entwicklung der Wirtschaftsgestaltung ab. Diese bietet, wenn man die Güterbeförderungstätigkeit nachsieht, allerdings kein erfreuliches Bild. Es wurden be-

früher Personal- und Sachtitel der Staatseisenbahnen. Stellenplan und Stellenprogramm, die diesen Voranschlägen zugrunde liegen, sind in ihrer Ausgestaltung abhängig von den Dienstpostenzählungen, wie sie im Bereich der Eisenbahn neuerdings in Abständen von einem Jahr von der Hauptverwaltung durchgeführt werden.

Die nach rein privatwirtschaftlichen Grundsätzen aufgebauten Personal- und Material-Voranschläge treten an die Stelle der früheren Personal- und Sachtitel der Staatseisenbahnen. Stellenplan und Stellenprogramm, die diesen Voranschlägen zugrunde liegen, sind in ihrer Ausgestaltung abhängig von den Dienstpostenzählungen, wie sie im Bereich der Eisenbahn neuerdings in Abständen von einem Jahr von der Hauptverwaltung durchgeführt werden.

Die äußere Ursache der Überflüssigkeit des Personalbestands liegt in der Schrumpfung des Transportgeschäftes. Bei näherer Untersuchung zeigt man aber auf eine Besonderheit in der Entwicklung der Kopfzahl der Hilfskräfte. Zu der eingangs angeführten Zahlenreihe sei hier nachgetragen der Stand der Hilfsbeamten, und zwar mit

Jahr	1913	1927	1930	1931
an Gütern (Millionen-Tonnen)	467	489	399	326
Tonnenkilometer	57 282	72 614	61 010	51 302

Während die Zahl dieser Hilfskräfte von 1927 bis 1929 bei gleichzeitiger Zunahme der Tonnenkilometer (von 72,6 auf 76,4 Milliarden) sich auf 86 285 Köpfe erhöhte, ließ man von 1929 bis 1931 bei einer Senkung der Tonnenkilometer von 76,4 auf 51,3 Milliarden die Zahl der Hilfskräfte nur auf 79 000 Köpfe zurückgehen, eine Ziffer, die immer noch um

nicht weniger als 11 247 Köpfe höher ist als der Stand von 1927. Die Folge dieser, bei den Hilfskräften im Beamten-dienst unterlassenen Anpassungsmaßnahmen ist nun, daß die Zahl der im Beamten-dienst beschäftigten Personen weit über das tatsächliche Bedürfnis hinausgeht und daß nun die Reichsbahnbeamtenschaft im ganzen diese Unterlassungsfälle mit einer Massenpensionierung büßen soll. Aus diesem Grund wird aus den Reihen der Beamten das dringende Verlangen gestellt, die Hauptverwaltung der Reichsbahn möge Maßnahmen ergreifen, die diesen sowohl für die Reichsbahnbeamtenschaft wie auch für die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens mäßigen Zustand beseitigen.

Tagung Deutscher Reichsbahnbeamten

Fort mit der Tributbelastung der Reichsbahn!

Am Sonntag, den 8. Mai d. J., hielt der Reichsbund Deutscher Reichsbahnbeamten des mittleren nichttechnischen Dienstes in Freiburg i. Br. seine badische Landesversammlung ab. In Anwesenheit von weit über 300 Delegierten und Gästen erstattete der Landesvorsitzende, Reichsbahnobersekretär Karster, Karlsruhe, Mitglied des Hauptbeamtenrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Berlin, den Geschäftsbericht, der sich in eingehender Weise mit allen wirtschaftlichen und politischen Krisenerscheinungen der Gegenwart und deren Auswirkungen auf die rechtliche und materielle Stellung der Beamtenschaft im allgemeinen und der Reichsbahnbeamtenschaft im besonderen beschäftigte. Die erschreckend gesunkenen Verkehrsziffern zeigten am besten die große Not der Deutschen Wirtschaft.

Der Meserent anerkannte die ersten Bemühungen der Reichsbahn-Gesellschaft, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Er kündigte jedoch den schärfsten Widerstand der Reichsbahnbeamten gegen die Bestrebungen der Reichsbahn an, die jetzige Notzeit dazu zu benutzen, um das öffentlich-rechtliche Berufsbeamtentum bei der Reichsbahn immer mehr einzuschränken oder gar allmählich ganz zu beseitigen. Die Beamtenschaft habe sich mit der durch die Reparationsgesetzgebung (Dawes- und Young-Plan) geschaffenen Gesellschaftsform der Reichsbahn nie abfinden können. Sie verlange mit aller Entschiedenheit die Befreiung der Reichsbahn von allen Tributlasten und die Rücküberführung in die unmittelbare Verwaltung des Reiches.

Als einstimmige Willensmeinung der Versammlung wurde eine Entschlüsselung angenommen, die auf die schwierige Lage der Reichsbahn und die Folgen für die Beamtenschaft hinweist. Seit Inkrafttreten des Dawes-Planes 1924 habe die Reichsbahn über 4 Milliarden Reichsmark auf Reparationskonto abgeführt. Soll die deutsche Reichsbahn, dieses wertvollste nationale Volksgut nicht vollends zusammenbrechen, dann sind Reparationszahlungen und sonstige politische Belastungen in Zukunft nicht mehr möglich.

Bekanntgabe von amtlichen Verfügungen an die Betriebsvertretungen

Durch neuer Erlaß des Reichsfinanzministers wurde die Bestimmung in Erinnerung gebracht, wonach von allen Bundeserlassen und Verfügungen allgemeiner Art über Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten in der Reichsfinanzverwaltung dem Bezirksbetriebsrat je ein Abdruck zugehen soll und den örtlichen Betriebsvertretungen von den Dienststellen in geeigneter Weise Einsicht in Erlasse und Verfügungen dieser Art zu gewährt ist.

Öffentliche Zahlungserinnerung

Es sind zu entrichten:
 10. V. 32. Vorauszahlung der Umsatzsteuer für April 1932. Schonfrist bis 17. 5. 32.
 17. V. 32. Einkommensteueranzahlung der Landwirte nebst 10 v. H. Landeskirchensteuer.
 20. V. 32. (statt 15. V.) Vermögensteueranzahlungen aller Pächter für das 1. Vierteljahr 1932.
 Nicht rechtzeitige Zahlung der Steuern hat die Festsetzung von Verzugszuschlägen mit 1,5 v. H. für jeden angefangenen halben Monat zur Folge.
 Vargelose Zahlung unter Angabe der Steuernummer wird empfohlen. R. 949

Karlsruhe, den 9. Mai 1932.

Finanzämter Karlsruhe-Stadt und Land, Durlach und Ettlingen.

Nichtraucher Garantiert in 3 Tagen! Auskunft kostenlos. L. 839 Sanitas-Depot, Halle (Saale) 186 E	Im Städt. Konzerthaus Mittwoch, den 11. Mai 1932 1. Geschl. Sondervorstellung für die Theater-Gemeinde Zum erstenmal Mademoiselle Docteur Ein Bühnenstück von Otto Alfred Palisch Regie: Baumbach Mittwirkende: Vertam, Ehrhardt, Ermarth, Seifing, Krämer, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmede, Herz, Hierl, Güder, Kloeble, Kuhne, Luther, Mehner, B. Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Grimm, Kuhn, S. Müller, Schönhäler, Seibert Anfang 20 Ende 22 1/2
Badisches Landestheater Mittwoch, den 11. Mai 1932 * A 28 (Mittwochmiete)	Schlankheit erzielen Sie über Nacht durch äußere Einreiben ohne Hungerkur. Auskunft kostenlos! L. 839 Sanitas-Depot, Halle (Saale) 186 F
Goffmanns Erzählungen Von Offenbach Dirigent: Keilberth Regie: Dr. Waag Mittwirkende: Blank, Habertorn, Winter, G. Gröbinger, Gelpach, Kainbach, Kiefer, Köfer, Rentwig, Oerter Anfang 20 Ende 22 1/2 Preise D (0,90—5,70 RM)	

Sehen Sie sich bitte den **KURMARK-FILM** an:

Endlich mal was Neues!
 Er läuft in allen Lichtspiel-Theatern

Vorderwälder Zuchtviehmarkt Hinterzarten

Dienstag, den 17. Mai 1932 Der Markt bietet sowohl für Gemeinden, wie auch für private Viehzüchter beste Gelegenheit zum Ankauf guter Zuchttieren und weiblicher Zuchttiere direkt im Stammschutzgebiet des Vorderwälder Viehschlages. Kreisverwaltung Freiburg. L. 856

Städtische Sparkasse Wolfach (Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	7 826,91	1. Spareinlagen	1 691 465,61
2. Grundstücke	36 142,83	2. Aufgewertete Spareinlag.	428 492,44
3. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt	31 070,40	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	138 316,09
4. Wertpapiere	34 390,—	4. Anlehens- und andere Schulden	1 195,52
5. Wechsel	6 335,72	5. Gesetzlicher Reservefonds	88 917,74
6. Darlehen a. Hypotheken	1 217 695,01	6. Reingewinn i. Jahre 1931	22 225,80
7. Darlehen in laufender Rechnung an Privatsch.	184 523,84		
8. Darlehen auf Schuldschein	124 228,62		
9. Darlehen an Gemeinden	340 277,—		
10. Einnahmestückfände	50 418,07		
11. Aufwertungsforderung.	290 263,83		
12. Fehlbetrag zur Aufwertungsmaße	41 250,23		
13. Gerätschaften	6 190,74		
	2 370 613,20		2 370 613,20

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 2 258 274,14 RM Einlagen . . . = 122 913,70 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 . . . 111 143,54 RM
 Somit weniger: 11 770,16 RM

Wolfach, den 26. April 1932.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
 G ä m e r l e, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
 R e e f, Verwalter.

Druck G. Braun, Karlsruhe